Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 4.00 Mark, vierteljährlich 12.00 Mk., durch die Post 12.00 Mk. einschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1142 u. 7411, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 40 Pf., Familienanzeigen 30 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 3.00 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigenexpeditionen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4009.

Nr. 114. Halle, Montag, den 8. März 1920. Einzelpreis 15 Pfg.

Der Erzberger-Helfferich-Prozeß.

Berlin, 8. März. (Eigene Drahtnachricht.) Die heutige Verhandlung, zu der der Nebenkläger nach der Mittagspause erwartet wird, bringt zunächst die Repliken der beiden Staatsanwälte. Sachlich bleibt ihre Haltung die gleiche wie in den Plädoyers, und sie bleiben daher auf ihren Anträgen bestehen. Oberstaatsanwalt Krause betont nochmals die Notwendigkeit, daß sich

Abgeordnete von Privatgeschäften fernhalten.

Erzberger habe als Träger politischen Einflusses private Geldinteressen verfolgt. Im Falle Angele erhebe sich gegen den Nebenkläger der Verdacht der versuchten Nötigung. Die Einleitung eines Strafverfahrens deswegen sei nur deshalb nicht möglich gewesen, weil Erzberger durch seine Immunität geschützt war. Der Behauptung des Justizrats v. Gordon, daß das Auswärtige Amt durch die Denkschrift nicht in der Lage gewesen sei, Kartellen ins Ausland zu senden, vermag der Staatsanwalt nicht zuzustimmen. Er vertritt vielmehr die Auffassung, daß das Auswärtige Amt sich im Kriege nicht nach ihren Vorschriften richten konnte. Auch im Falle Thyssen hatte die Staatsanwaltschaft ihren Vorwurf gegen den Nebenkläger aufrecht, er habe

nicht mit offenem Visier gekämpft.

Demgegenüber führt v. Gordon aus, daß Erzberger bei seinem Eintritt in den Thyssenschen Aufsichtsrat die Bedingung gestellt habe, die auch verwirklicht worden sei, daß von diesem Eintritt sofort der Oeffentlichkeit durch die Presse Mitteilung gemacht werde. Rechtsanwalt Dr. Alsberg erklärt dazu, daß er dies anerkenne, aber er fügt hinzu, Erzberger habe sein durch diese Publikation geöffnetes Visier heruntergeklappt, namentlich als er sich hinter seiner Abgeordneteneigenschaft verschanzte, als er die Interessen des Thyssenschen Konzerns in der Erzfrage vertrat. Im übrigen wirft Rechtsanwalt Dr. Alsberg der Gegenpartei vor, das Beweisthema verschoben zu haben. Nicht der Eintritt eines Abgeordneten in einen Aufsichtsrat an sich sei zu verurteilen, wohl aber dann, wenn er unter Umständen erfolgt, die dem betreffenden Abgeordneten kenntlich machen, daß das Geschäft in erster Linie oder ausschließlich sich seines politisch-parlamentarischen Einflusses bedienen will. Gegenüber den Ausführungen des Justizrates v. Gordon, daß es sich bei den Erzbergerschen Geschäften um Kriegserscheinungen handele, weist Dr. Alsberg darauf hin, daß Erzbergers geschäftlich-parlamentarische Geschäftemacherei in die Friedensjahre zurückgehe.

Das Urteil gegen Koechling aufgehoben.

WTB. Berlin, 8. März. Nach einer Meldung aus Saarbrücken hat der Kassationshof in Paris das Urteil gegen die Mitglieder der Familie Koechling, das vor dem Kriegsgericht in Amiens gefällt wurde, aufgehoben und das Verfahren an das Kriegsgericht zurückverwiesen.

Ergebnisse der Elternbeiratswahlen in Berlin.

Berlin, 8. März. (Eigene Drahtnachricht.) Am gestrigen Sonntag fanden in Berlin und in einigen Vororten die Wahlen zu den Elternbeiräten statt. Nach den bis 11 Uhr vorliegenden Teilergebnissen erhielten die Christlich-Unpolitischen 31 000 und 620 Mandate, die U. S. P. 24 000 Stimmen und 570 Mandate und die S. P. D. 10 000 Stimmen und 200 Mandate.

Duellforderungen der französischen Offiziere?

Berlin, 8. März. (Eigene Drahtnachricht.) Noch gestern abend fand im Hotel Adlon wegen der Vorgänge von Sonnabend eine Sitzung der französischen Mission unter dem Vorsitz des Generals Nollet statt, in der über die zu ergreifenden Schritte beraten wurde. Es ist durchaus nicht unmöglich, daß Kapitän Klein und die beiden anderen Offiziere an den Prinzen und den Rittmeister Duellforderungen ergehen lassen werden.

Kaiser Wilhelms Wohnungswechsel.

Basel, 8. März. (Eigene Drahtnachricht.) „Daily Mail" meldet aus Amerongen: Der Kaiser wird Anfang April zu dauerndem Aufenthalt von Amerongen nach Schloß Doorn übersiedeln. Der Kaiser und die Kaiserin halten sich schon seit Wochen meist in der Nähe des Schlosses Doorn auf, um bei den Bauarbeiten zugegen zu sein. Auf besonderes Verlangen des Kaisers werden um das Gebäude zwei Drahtzäune und eine Kugelsteinmauer geführt, um es vor Neugierigen zu schützen. In dem kleinen Dorfe Doorn, das den ehemaligen Herrscher als seinen Mitbürger ansieht, sind die Bodenpreise um 50 Prozent gestiegen, seitdem das Schloß Doorn von Wilhelm II. gekauft wurde.

Wilsons neueste Antwort an Lloyd George.

WTB. Washington, 7. März. In seiner Antwort auf die letzte Note von Lloyd George und Millerand über die adriatische Frage wiederholt Wilson, daß die Vereinigten Staaten die Zustimmung der Bestimmungen des Londoner Vertrages nicht billigen können, es sei denn, daß sie die Ueberzeugung gewinnen könnten, daß diese Bestimmungen im wesentlichen annehmbar und so beschaffen seien, daß sie der Aufrechterhaltung des Friedens im Südosten Europas nicht schaden könnten. Wenn Italien und Südslawien auf einen Pufferstaat verzichten wollten und die Oberhoheit über die Stadt Fiume dem Völkerbund überlassen wollen in der Weise, daß weder Italien noch Südslawien die Kontrolle über die Stadt beanspruchen, so seien die Vereinigten Staaten damit einverstanden, daß die beiden Staaten in einem Abkommen ihre gemeinsamen Grenzen festlegen.

Bolschewistische Truppen gegen Bessarabien.

WTB. Kopenhagen, 8. März. Die Stockholmer Zeitung „Aftonbladet" meldet, daß nach einem Telegramm aus Reval bolschewistische Streitkräfte in Stärke von 150 000 den Dnjestr an mehreren Punkten überschritten hätten, sie würden bald in Bessarabien einrücken. Die rumänischen Truppen seien geschlagen. In Rumänien halte man die Lage für kritisch.

Kundgebungen in Kopenhagen.

WTB. Kopenhagen, 8. März. Gestern nachmittag wurde hier für den Anschluß Flensburgs an Dänemark eine Massenkundgebung veranstaltet, nach der sich ein Demonstrationszug von 100 000 Menschen nach dem Amalienborg-Platz bewegte. Der König erschien mit der Königin auf dem Balkon des Schlosses und hielt eine Ansprache an die Menge, in der er wünschte, daß alle Dänen unter Dänemark kommen möchten und er glaube, daß man der Zukunft mit guter Zuversicht entgegensehen könne. Der Flensburger Redakteur Andreas Gran hielt darauf eine Ansprache an den König und sagte, daß Flensburg sich mit Freuden unter des milde Zepter Dänemarks stellen würde. Er schloß mit einem Hoch auf den zukünftigen König von Flensburg.

Der Streik der französischen Bergarbeiter.

WTB. Bethune, 8. März. Der Gewerkschaftskongreß für die Departements Nord und Pas de Calais ist gestern hier zusammengetreten. Da die von Paris gemachten Zugeständnisse als ungenügend erachtet wurden, wurde mit 164 gegen 14 Stimmen der Streik beschlossen.

Die Entente wird den Weltfrieden verlieren...

WTB. Budapest, 8. März. Nach einer Meldung des Ungarischen Korr.-Büros hielt Ministerpräsident Huszar in einer Versammlung von christlichen Gewerbetreibenden eine Rede, in der er sagte, die Entente hat den Krieg gewonnen, sie wird den Weltfrieden verlieren, wenn sie von den Besiegten moralisch, historisch und wirtschaftlich Unmögliches verlangt. Die geographische Einheit Ungarns kann nicht dauernd zerstört werden. In den besetzten Gebieten gehen Unmengen von Weizen und sonstiger Lebensmittel wegen Unterbindung des Verkehrs durch die Demarkationslinie zu Grunde. Eine Volksabstimmung ist die einzige Lösung, die uns zufriedenstellen kann. Millionen und Abermillionen von Arbeitskräften sind durch die Blockade und die Valutaverhältnisse zur Müßigkeit verdammt. Das muß unvermeidlich zum wirtschaftlichen Zusammenbruch von Europa und zum Sturz der Gesellschaftsordnung in der ganzen Welt führen.

Kundgebungen in München gegen Schieber und Wucherer.

München, 7. März. Heute mittag fanden auf dem Leopoldplatz vor der Feldherrnhalle Kundgebungen statt, die sich hauptsächlich gegen die Ausbeutung der Bevölkerung durch Schieber, Wucherer und ausländische Juden richtete. Die demonstrierende Menge wurde vor dem Ministerium des Innern von Abteilungen der Polizeiwache und der Reichswehr aufgehalten und räumte den Platz, nachdem Vorstandsmitglieder vom deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund, die inzwischen beim Minister Endres vorstellig geworden waren, beruhigende Erklärungen abgegeben hatten.

Herr Bauer über die Wiederaufbaufrage.

Budapest, 6. März. Wie das Ungar. Telegr.-Korr.-Büro meldet, äußerte Reichskanzler Bauer gegenüber dem Berichterstatter des „Pester Lloyd" über den Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete Nordfrankreichs, die deutsche Regierung habe nach Uebernahme der Verpflichtung, an dem Wiederaufbau zu arbeiten, nach Paris Delegierte entsandt, um dort die Einzelheiten der Frage zu besprechen. Die langwierigen Verhandlungen seien bedauerlicherweise noch nicht zum Abschluß gekommen. Sie hätten zum Gegenstand die Arbeitsbedingungen festzusetzen, unter denen die deutschen Arbeiter zu arbeiten hätten. Eine andere Schwierigkeit sei die Belieferung Frankreichs mit den zum Wiederaufbau notwendigen Baumaterialien. Diese Frage stehe im engsten Zusammenhang mit der Kohlenfrage. Der Reichskanzler hoffe, daß die Verhandlungen diesen heiklen Punkt, der zwischen beiden Ländern noch immer eine Atmosphäre von Mißtrauen erzeugen könne, beseitigten.

Die anderen „Kriegsverbrecher".

Rotterdam, 6. März. Laut „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet „Daily Mail", daß die Alliierten Oesterreich, Bulgarien und Ungarn gestatten werden, ihre „Kriegsverbrecher" selbst abzuurteilen. Nur die Türkei müsse ihre „Missetäter" den Alliierten ausliefern. Die an Deutschland gerichtete Aufforderung, Enver Pascha auszuliefern, bleibe, wenn er sich auf deutschem Boden befinde, aufrecht erhalten.

Ein drittes Gesetz zur preußischen Agrarreform.

Von Hermann Degenhardt,
Mitglied der Preußischen Landesversammlung.

Die preußische Agrarwirtschaft steht am Beginn einer Neuregelung. Um zwei Probleme handelt es sich: mehr Deutschen als bisher Anteil am heimischen Boden zu gewähren und die landwirtschaftliche Erzeugung zu heben. Die zu lösen hat die preußische Regierung eine Gesetzesfolge vorgelegt, von der bisher zwei Gesetze in der Vollsitzung verabschiedet worden sind: das Gesetz über Landeskulturbehörden am 3. 6. 19 und das Ausführungsgesetz zum Reichssiedlungsgesetz am 15. 12. 19. Es liegen dem Hause vor „der Entwurf eines Gesetzes zur Bildung von Bodenverbesserungs-Genossenschaften" und „der Entwurf eines Gesetzes über die Umlegung von Grundstücken". Der erstgenannte Entwurf ist am 1. 3. 20 in zweiter Lesung vom Siedlungsausschuß der Landesversammlung verabschiedet worden und wird aller Voraussicht nach in der Fassung der zweiten Lesung in Kürze die Zustimmung des Hauses finden.

Ueber den Zweck des Gesetzes besagt der § 1, daß die Eigentümer von Moor-, Heide- und ähnlichen Ländereien zum Zwecke der „Beschaffung von Vorflut und gleichzeitiger Herstellung der erforderlichen Wege, Entwässerungs- und Bewässerungsanlagen" für diese Ländereien zu Genossenschaften vereinigt werden können. Das bedeutet gewiß einen Eingriff in das Privateigentum. Der Eigentumsbegriff ist aber im Artikel 153 der Verfassung des Deutschen Reiches so gefaßt, daß es heißt: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich Dienst sein für das gemeine Beste." Erwägt man ferner, daß tausende von Morgen deutscher Erde jahrhundertelang unbebaut gelegen haben, ohne daß die Besitzer aus eigner Initiative an eine Bodenverbesserung gegangen sind, so wird man mit dem in § 1 des Entwurfs vorgesehenen Zwangsprinzip zur Genossenschaftsgründung einverstanden sein müssen. Die Bedenken, daß durch diesen Beitrittszwang mancher besonders kleinere Besitzer von Moor- und Oedland infolge der erhöhten Kosten für die Bodenverbesserung in unserer Zeit wirtschaftlich zugrunde gerichtet werden, falls das Unternehmen nicht bald Gewinne abwärfe, sind von der landwirtschaftlichen Verwaltung zerstreut worden. Man hat zunächst die Erklärung abgegeben, daß nur solche Bodenverbesserungs-Genossenschaften gegründet werden sollen, die unbedingt in verhältnismäßig kurzer Frist Erträge zeitigen. Ferner ist im § 13 eine gewisse Schutzbestimmung für solche nicht leistungsfähigen Schultern mit dem Hinweis auf die §§ 239—43 des Wassergesetzes vom 7. April 1913 gegeben.

Auf Antrag der demokratischen Mitglieder des Ausschusses hat der § 1 des Entwurfes einen zweiten Absatz erhalten mit folgendem Wortlaut: „Auf die Erhaltung von Naturdenkmälern und von Naturschutzgebieten ist tunlichst Rücksicht zu nehmen."

Die §§ 2—8 des Gesetzes nach den Beschlüssen des Ausschusses in erster Lesung regeln das Verfahren bei Gründung der Zwangswirtschaft. Der Entwurf der Regierung zeigte den Mangel, daß in den Händen der landwirtschaftlichen Verwaltung eine zu weitreichende Machtbefugnis lag. Der Ausschuß war bemüht, den Entwurf dahin abzuändern, daß den Beteiligten ein größeres Mitbestimmungsrecht eingeräumt werden. Es ist daher in den Beschlüssen der ersten Lesung vorgesehen, daß die Beteiligten nicht nur in einem Anhörungstermin ihre Zustimmung für oder ihre Einwendungen gegen das geplante Unternehmen zum Ausdruck bringen, sondern daß zur Erörterung der Einwendungen ein neuer Termin anzuberaumen ist, zu dem die von den Beteiligten gewählten Bevollmächtigten zu laden sind, die über das Unternehmen Beschluß zu fassen haben. Kommt auch in diesem Ausgleichstermin eine Einigung nicht zustande, so hat der Regierungskommissar die Verhandlungen unverzüglich der Spruchkammer des Landeskulturamtes, in der neben einem richterlichen Vorsteher Laienrichter aus landwirtschaftlichen Kreisen sitzen, zu unterbreiten. Diese hat binnen einem Monat unter Berücksichtigung der erhobenen Einwendungen über die Nützlichkeit und Zweckmäßigkeit des genossenschaftlichen Unternehmens, über den Plan und über den Satzungsentwurf zu beraten und Beschluß zu fassen. Die durch Beschluß der Spruchkammer festgestellte Satzung gilt als von den Beteiligten beschlossen. Hat die Spruchkammer beschlossen, eine Satzung nicht festzustellen, so kann der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten die Satzung erlassen. Diese letzte Einschränkung der Machtbefugnisse der landwirtschaftlichen Verwaltung hat im Ausschuß zu heftigen Auseinandersetzungen geführt. Man machte seitens des Ministeriums gegen nach dieser Richtung weitergehende Anträge, die von deutschnationaler Seite gestellt waren, geltend, daß damit der Aufbau des Gesetzes gestört würde. Man habe sich aus den Erfahrungen der Vorzeit grundsätzlich nur auf den Boden des Anhörungs-, nicht des Zustimmungsprinzips seitens der Beteiligten gestellt. Man fürchtet, wenn eine Zustimmung der Beteiligten nötig ist, es in absehbarer Zeit zu Gründungen von Genossenschaften überhaupt nicht käme, da jede Einwendung gegen das geplante Unternehmen juristisch geprüft werden müsste, und schon die Prüfung der Legitimation der Beteiligten erforderte

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200308017/fragment/page=0001

mehrere Monate. Auf der anderen Seite stand die Mehrheit des Ausschusses auf dem Boden, daß solche Zwangsgenossenschaften nicht rein vom grünen Tisch her gebildet werden dürfen und man den Beteiligten und den Sachverständigen größere Rechte einräumen müsse. Diese Meinungsverschiedenheit spitzte sich politisch zu, und es ist daher zu begrüßen, daß die oben angeführte Regelung der Frage die einstimmige Zustimmung des Ausschusses und der Vertreter der Regierung fand.

Es wird nicht ausbleiben, daß die zur Genossenschaft gehörenden Grundstücke eine Zeit lang gemeinschaftlicher Bewirtschaftung und Nutzung unterliegen. In § 14 des Gesetzes ist aber ausdrücklich bestimmt, daß jeder Genosse Anspruch auf den sich am Ende des Wirtschaftsjahres ergebenden Reinertrag hat. Es heißt ferner im angezogenen Paragraphen: „Der Genosse kann verlangen, daß ihm seine Ländereien, die von der Genossenschaft bewirtschaftet werden, nach der Ernte oder nach Aufhören des Weidebetriebes ganz oder teilweise wieder zur eigenen Bewirtschaftung und Nutzung überlassen werden, wenn und solange dadurch die wirtschaftliche Nutzung der übrigen Genossenschaftsgrundstücke nicht erheblich beeinträchtigt wird. An den Kosten, die durch die gemeinschaftliche Bewirtschaftung der den anderen Genossen gehörenden Grundstücke entstehen, sowie an deren Nutzungen nimmt der Genosse nicht teil." Ein Antrag der unabhängigen Sozialdemokratie fordert, diese beiden Sätze zu streichen. Der Grund ist ersichtlich, man will damit der genossenschaftlichen Bearbeitung des Grund und Bodens die Wege öffnen. Es ist vorauszusehen, daß dieser Antrag bei den Parteien, die auf privatwirtschaftlichem Boden stehen, keinen Anklang finden wird.

Man wird der preußischen landwirtschaftlichen Verwaltung das Lob nicht vorenthalten können, daß sie in emsiger Arbeit die Agrarreform in Preußen zu fördern sucht. Sie beabsichtigt, möglichst noch in diesem Jahre die gesetzliche Grundlage für diese Reform fertigzustellen. Den Vorwurf übereilter Gesetzmacherei wird man ihr und der Preußischen Landesversammlung in dieser Form nicht machen dürfen. Der zur Besprechung stehende Gesetzentwurf, wie seine Vorgänger sind im Ausschuß gründlich und sachlich besprochen worden, und Ausschuß und Landesversammlung glaubten Arbeit geleistet zu haben, die der wirtschaftlichen Gesundung unserer Verhältnisse die Bahn ebnet.

Die Besetzung Konstantinopels.

Ein neuer Heiliger Krieg?

Berlin, 8. März 1920.

Während sich für Deutschland der Horizont der Zukunft ein klein wenig zu erhellen schickt, braut sich über seinem ehemaligen Kriegsgenossen, der Türkei, ein dunkles Gewitter zusammen. Vor Konstantinopel erscheint jetzt die größte englische Flotte, die je die Dardanellen passiert hat. Die Unternehmung wurde seit Wochen von Malta aus vorbereitet und sie bedeutet nichts anderes als den Auftakt zur Veröffentlichung des Friedensvertrages, den man sich für den ewig kranken Mann am Bosporus ausgedacht hat. Der Oberste Rat der Alliierten hat sich bemüht, die Bedingungen möglichst geheim zu halten, und nach den neuesten Meldungen will er, kaum in London auseinandergegangen, schon in zwei Wochen wieder in Paris zusammentreten, weil wichtige Ereignisse eingetreten sind, die das türkische Verfassles über den Haufen zu werfen drohen. Was sind das für Ereignisse? Nun, sowohl interne, innerhalb der Entente sich abspielende, als auch türkische, auf kleinasiatischem Boden vorgefallene. Seitdem Amerika und Wilsons Konstantinopeler Mandatsgedanke aus den Verhandlungen des Obersten Rates ausgeschieden sind, stiftet der türkische Erbfall unter den alliierten Hinterbliebenen Streitpunkt auf Streitpunkt. Wie schön klingt es, wenn Reuter jetzt meldet, die britische Regierung habe die französische und italienische Regierung eingeladen, an der Besetzung Konstantinopels teilzunehmen! Und ach, wieviel Neid, Eifersucht und Mißtrauen steckt dahinter! In den Straßen Konstantinopels stolziert zurzeit sechserlei verschiedene Polizei herum und kann nicht verhindern, daß Verbrechen und Unsicherheit in erschreckender Weise zunehmen. Kommt nun auch das internationale Militär in Massen, so beginnt das politische Chaos. Der Londoner „Daily Telegraph", der in türkischen Dingen besonders gut unterrichtet wird, hat bereits vor einiger Zeit verraten, daß die Meerestontrolle abwechselnd von Italien, Frankreich oder England ausgeübt werden solle, dagegen die Besetzung zu Lande angesichts der bevorstehenden kriegerischen Haltung des Türkentums gleichzeitig von den drei Besatzungsmächten der Entente. Man stelle sich das Durcheinander und die Kompetenzkonflikte vor. Dazu die schwierige Ernährungslage. Denn die vielen fremden Truppen können bei der „kriegerischen Haltung des Türkentums" nicht aus dem Hinterland verpflegt werden, müssen also alles in ihren Schiffen mitbringen. Der neueste Argonautenzug! Die Lage wird noch verwickelter durch die Gegnerschaft Italiens und Griechenlands. Sollten sich, so unwahrscheinlich es ist, die beiden Staaten friedlich einigen, so bleibt noch immer die kräftige türkische Volksbewegung im anatolischen Hinterlande zu besiegen, deren Macht und Ausbreitung den Verbandsmächten nachgerade unheimlich wird. Die Türkei hat schnell denjenigen Mann gefunden, der sie nach menschlichem Ermessen vor dem völligen Niedergang und vor derjenigen Zerstückelung ihres Gebietes bewahren wird, welche ihr von der Entente noch bis vor kurzem zugedacht war. — Dieser Mann ist Mustapha Kemal Pascha. Die Unzugänglichkeit von Anatolien, des Kernlandes der Türkei, über dessen schlechte Verbindungen von Europäern viel geklagt wurde, bot das beste Hilfsmittel für die Organisation eines nachhaltigen Widerstandes gegen die eigene, unter dem Einfluß der Entente gebildeten Regierung, an deren Spitze zuletzt Ferid Pascha stand, und gegen alle Drohungen der Entente selbst. Mustapha Kemal ist nicht als Rebell anzusehen, der den Anordnungen seiner eigenen Regierung Widerstand leistet, sondern er steht an der Spitze einer nationalen Bewegung für welche die Herzen aller ihr Vaterland liebenden Türken schlagen. Enver Pascha soll, wie die Times mit schlecht verhohlener Besorgnis berichten, verloren haben, er und Hunderttausende von Mohammedanern seien bereit, ihr Leben zu opfern, um die muselmanische Welt in Flammen zu

Ein preußischer Prinz gegen eine Ententemission.

Ein Zwischenfall im Berliner Hotel Adlon. — Die Franzosen wollten beim Liede: „Deutschland, Deutschland über alles" nicht aufstehen. — Eine Beschwerde der Franzosen?

Unbesonnenheit eines preußischen Prinzen?

Berlin, 7. März. WTB. verbreitet folgende, offenbar tendenziös zugespitzte Meldung: Zu einem schweren Zusammenstoß kam es in der vergangenen Nacht im Hotel Adlon zwischen dem Prinzen Joachim Albrecht von Preußen und anderen deutschen Gästen einerseits und drei Mitgliedern der französischen Militärmission, Kapitän Klein, Hauptmann Rougevin und Botschaftssekretär Dunard, andererseits. Als gegen 10½ Uhr die Kapelle im kleinen Saal neben dem Lichhof „Deutschland, Deutschland über alles" spielte, erhoben sich die deutschen Gäste, während die Franzosen sitzen blieben. Der Prinz, der mit einem neben ihm sitzenden früheren russischen Staatsrat bereits einige Flaschen Wein getrunken hatte, sprang erregt auf und rief den französischen Herren zu: „Aufstehen, sonst raus!" Da dieser Aufforderung keine Folge geleistet wurde, warf der Prinz eine Blumenvase nach dem Mitteltisch, wo die Ausländer saßen. Andere Gäste folgten seinem Beispiel. Als der Prinz in maßloser Erregung mit einem schweren Kerzenleuchter auf seine Gegner, die sich kräftig verteidigten, einzuschlagen versuchte, umrinnten ihn die Kellner und drängten ihn hinaus. Den französischen Herren, die Zivil trugen, waren teilweise die Kleider zerrissen, auch hatten sie Beulen, Quetschungen und Schnittwunden davongetragen. Der Prinz soll übrigens schon vor einigen Tagen einen persönlichen Zusammenstoß mit dem Kapitän Klein gehabt haben. Der Vorfall wird jedenfalls auch ein gerichtliches Nachspiel haben. Prinz Joachim Albrecht, der zweite Sohn des Prinzen Albrecht, ist 44 Jahre alt und gehörte s. Z. der Schutztruppe an.

Anmerkung: Prinz Joachim Albrecht bestreitet telefonisch dem WTB. gegenüber, daß er in solcher Weise an dem Vorfall beteiligt gewesen sei. Er habe in Gesellschaft anderer Persönlichkeiten in einer Ecke gesessen und habe den Verlauf des Zwischenfalls nicht einmal verfolgen können, weil zwischen seinem Tische und dem Tische der französischen Gäste eine größere Anzahl Personen sich aufgestellt hätte; auch habe er keinerlei Gegenstände geworfen.

*

Prinz Joachim Albrecht in Schutzhaft?

Berlin, 7. März. Der Reichsmeheminister hat verfügt, daß Prinz Joachim Albrecht von Preußen und Rittmeister von Mathes, der gleichfalls an dem Zwischenfall im Hotel Adlon beteiligt war, vorläufig in Schutzhaft genommen werden.

*

Die Schilderung eines Augenzeugen.

Ein im Hotel Adlon wohnender amerikanischer Journalist, der Augenzeuge der Vorgänge gewesen war, gab noch folgende Schilderung:

„Prinz Joachim Albrecht saß an einem Tische und hatte dem Kapellmeister der Musikkapelle Geld gegeben mit dem Auftrage, das Lied „Deutschland, Deutschland über alles" zu intonieren. Bei den Klängen erhob sich der Prinz mit seinem Begleiter und rief den an einem Nebentische mit ihren Damen sitzenden Franzosen das Wort „auf!" zu. Als die französischen Gäste darauf nicht reagierten, rief er nochmals mit lauter Stimme: „Auf oder raus!" Von einem anderen Tische wurden darauf heftige Schimpfworte gegen die Franzosen geschleudert und Bezen nach ihnen geworfen. Hierauf entstand ein allgemeines Durcheinander. Flaschen und Gläser flogen nach dem Tische, ohne jedoch jemand zu verletzen. Eine Anzahl Gäste drang gleichzeitig auf die Franzosen ein und suchte sie aus dem Hotel auf die Straße zu drängen. In dem Handgemenge beteiligten die Deutschen die Oberhand und warfen die Franzosen hinaus. Von den Mitgliedern der französischen Mission ist jedoch nur der Kapitän Klein unerheblich verletzt worden. Am gestrigen Sonntag mittag erschien der Prinz wiederum im Hotel um sein Mittagsmahl einzunehmen. Die Kellner weigerten sich jedoch, den Prinzen zu bedienen, der darauf sofort das Hotel wieder verließ. — Ein Mitglied der französischen Mission, das ich am gestrigen Sonntag über die Folgen des Zusammenstoßes befragte, erklärte mir, daß gegen den Prinzen ein Strafverfahren anhängig gemacht werden würde."

*

Konferenz aller Ententekommissionen.

Berlin, 8. März. (Eigene Drahtnachricht.) Anläßlich des Zwischenfalls im Hotel Adlon, wo es zu einer Schlägerei zwischen dem Prinzen Joachim Albrecht von Preußen und mehreren deutschen Gästen einerseits und Mitgliedern der französischen Militärmission andererseits kam, traten, wie der „Lokalanzeiger" meldet, gestern nachmittag sämtliche in Berlin anwesende Ententekommissionen im Hotel Adlon zu einer Besprechung des Vorfalles zusammen. Welche Beschlüsse dabei gefaßt wurden, steht noch nicht fest. Jedenfalls hat einer der beteiligten französischen Offiziere, Hauptmann Klein, bereits einen Bericht an seine Regierung abgesandt. Wie weiter gemeldet wird, wollen die Ententekommissionen eine strafrechtliche Verfolgung des Prinzen verlangen. Auch hat die französische Botschaft gestern im Hotel bei den Hotelangestellten Nachfrage gehalten, wie die Namen der an dem Vorfall beteiligten Gäste lauteten. Unter anderem wurde auch der Besitzer des Hotels Adlon nach der Botschaft gerufen, um von ihm eine Darlegung der Vorgänge zu erhalten. Wie dem „Lokalanzeiger" erklärt wird, könne eine Schutzhaft des Prinzen Joachim Albrecht kaum in Frage kommen, da nach den bisherigen Feststellungen der Behörden eine Schuld des Prinzen noch nicht unbedingt feststehe. Eine Haft hätte nur dann einen Zweck, wenn Fluchtverdacht vorläge, und davon könne nicht gesprochen werden. Trage der Prinz an den Vorgängen Schuld, so werde auch ohne seine Verhaftung eine Bestrafung erfolgen können.

„Der Widerspenstigen Zähmung".

Zur Neueinstudierung im Stadttheater.

Halle, 7. März 1920.

Am 4. Mai 1912 durfte ich über die Neueinstudierung der „Widerspenstigen Zähmung" durch Karl Scholling schreiben: „Die Bühne war nicht überfüllt, man bekam niemals Leinwand und verkleidete Bretter zu sehen. Helle Farben und Sonnenflecke, die den Dialog zierten, schufen einen angenehmen Rahmen." Warum darf ich das heute nicht mehr behaupten? An den hohen Kosten der Theaterrequisiten kann es nicht liegen. Wenn in der Kleidung das Gerade, Schmucklose, Gediegene, das Teuere ist, im Gegensatz zu den Gepuzten, Flitterigen, Tändelhaften, das den Ausschuß des Billigen darstellt, so ist für das Theaterrequisit das Umgekehrte der Fall. Keine kunstlosen Malereien, keine Ueberladung! Das stört die Illusion und hebt keineswegs die Stimmung. Mit schmucklosen Kulissenwänden und -hintergründen und einigen einfachen Möbeln ist auch gedient. Und ist billiger. Nicht?

Dann die Unendlichkeit der Verwandlungen! Eine Posse ist „Der Widerspenstigen Zähmung." Aber es vergeht einem das Lachen, wenn man die Hälfte des Abends vor dem alternden Vorhang sitzt und nur ab und zu die Bühnenbilder sehen kann. Dr. Edgar Groß, der die Regie am Sonnabend führte, mag ein gediegener Theatermann sein. — Für die Herrichtung dieses Lustspiels fehlte ihm aber die leichte Hand, das Geschick, laute lärmende Szenen, frische Koketterien, jugendliche Frische, flatterhafte Leichtigkeit zu inszenieren. Wenn Lustspiele von Shakespeare plump und schwer erscheinen, so liegt das am Regisseur. Auf alle Fälle.

Unter solchen Umständen darf man sich auch nicht wundern, daß das Theater keineswegs voll war und daß das Publikum im krampfhaften Lachen immer wieder durch Gähnen unterbrochen wurde.

Zum Teil liegt der Mangel an Leichtigkeit auch am Schauspieler, und der Mangel an Leichtigkeit des Schauspielers kann eine Folge der Schwerfälligkeit des Direktors sein. Denn gibt dieser seinen Anvertrauten keine Gelegenheit, sich auf der Bühne gehen zu lassen, viel zu spielen, Vielseitiges, dann wird der Darsteller es ipso schwer und schwulstig.

An und für sich gibt es an den Darstellern nicht viel auszusetzen. Gäbe die Leitung einen anderen Ton an — das Gefühl hat man —, die Schauspieler würden gern darauf eingehen. Helene Senken, die Widerspenstige, ist wohl eine Tragödin und sie kannte es sich auch im Shakespeare-Lustspiel nicht versagen, Pentheatexte zu verwenden und als königliche Elisabeth zu schreiten, immerhin aber wird sie als Bezähmte weich und sogar kokett und lieblich. Die Lieblichkeit der kleinen Schwester aber war nicht gerade himmelstürmend und auf der Bühne nett zu erscheinen, ist doch für eine junge Dame nicht so schwer! Adalbert Kriwat, der Betruchio, ist ein echter Meininger. Breite Brust, Theaterschritt, mächtige Stimme. Aber . . . er hat auch Feuer und gerade seine Szenen wickelten sich flotter ab als alle anderen. Ueber den Tranio von Hermann Webding ist noch das Erfreulichste zu sagen, was über den Abend zu berichten ist. Das ist ein Schauspieler mit Qualitäten. Das Dumm-Junkerliche seines Auftretens hat Witz und wie er den hinuntergeschluckten Stock im Leib trägt, das ist die Ironie dessen, der frei und groß steht.

Wenn ein Diener bayrisch spricht und der Gremio sächsisch, so ist das weiter nicht schlimm. Aber die Schwerfälligkeit, wie gesagt. . . . .

Martin Feuchtwanger.

Kunst und Wissenschaft.

Die Gründung der Kleistgesellschaft. Im Sitzungssaal der Preußischen Staatsbibliothek in Berlin fand die Gründungs-Versammlung der Kleist-Gesellschaft statt, der u. a. auch der Direktor der Deutschen Bücherei und bekannte Kleistforscher Professor Minde-Pouet, Leipzig, beiwohnte. Professor Minde-Pouet entwarf ein Bild von den Aufgaben der neuen Gesellschaft. Eine Kleist-Biographie, ein Kleist-Handbuch müssen geschaffen, die Urteile der Zeitgenossen über Kleist, das bildliche Material gesammelt werden. Notwendig sei eine Volksausgabe Kleists. Besondere Sorgfalt werde der Pflege des Theaters gewidmet werden. Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: zum Obervorsitzenden Graf Posadowsky, zu Vorsitzenden Prof. Minde-Pouet-Leipzig und Prof. Dr. Petersen-Frankfurt a. M., ferner Prof. Richter-Berlin, Dr. Franz Servaes-Berlin, als Vertreter der Kleiststiftung Gerhart Hauptmann, Max Liebermann, Ferdinand Gregori, Hans Pfitzner, Ricarda Huch, Dr. von Harnack, Hans Reimer, Prof. Anton Kippenberg-Leipzig, Oberbürgermeister Dr. Trautmann und Dr. Groeper-Frankfurt a. O.

Gründung eines Haeckel-Hauses. Zur Gründung eines Haeckel-Hauses in Jena erläßt das Kuratorium des Ernst Haeckel-Museums in Jena einen Aufruf zur Schaffung eines Fonds für diesen Zweck. Zu den greisbaren Schätzen, die Ernst Haeckel hinterlassen hat, gehört im besonderen die kostbare Sammlung von Manuskripten, Briefen, Büchern, Broschüren, Bildern, Kunstwerken zur Geschichte und Theorie der Entwicklungslehre. Das „Ernst-Haeckel-Haus" soll aber nicht ein bloßes Museum oder eine Erinnerungsstätte bleiben, sondern eine Fundgrube und eine Arbeitsstätte für weitere Forschung besonders im Sinne der Entwicklungslehre werden.

Die Vereinigung der Magdeburger Theater. Das Magdeburger Stadttheater, das Wilhelmtheater und die Sommerbühne Viktoriatheater (diese beiden im Besitz bzw. unter der Leitung des Direktors Norbert) werden nach einem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung und im Einverständnis mit allen Beteiligten unter der Leitung Direktors Vogler vom Stadttheater vereinigt werden. Man verspricht sich von dieser Zusammenlegung, die am 1. Mai in Kraft tritt, ein Aufblühen der Magdeburger Theaterverhältnisse, vor allem die Möglichkeit, neben der Oper auch das ernste Schauspiel besser als bisher zu pflegen, wobei die leichtere Kunst nicht vergessen werden soll. Dann aber glaubt man auch, durch die Zusammenlegung dem fortwährend steigenden Defizit in den einzelnen Theatern erfolgreich entgegentreten zu können.

Gründung des Bayerischen Akademischen Assistentenverbandes. Wie aus München gemeldet wird, ist der Bayerische Akademische Assistentenverband gegründet worden. Demselben gehören an: 1. die Vereinigung der nichtbeamteten Assistenten der Technischen Hochschule München; 2. der Verband der nichtmedizinischen Assistenten der Universität München; 3. die Akademische Assistenzvereinigung, Ortsgruppe Würzburg; 4. der Akademische Assistentenverband der Ortsgruppe Erlangen; 5. der Aerztliche Assistentenverein München (Staatliche Gruppe). Der Verband hat die Aufgabe, die Interessen der Assistentenschaft Bayerns zu vertreten; er steht in enger Fühlungnahme mit dem Deutschen Akademischen Assistentenverband.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200308017/fragment/page=0002